

Anfragen, Infos:

oeli@kreidekreis.net

In dieser Nr. zB. Seite
QIBB ist kein Wettrennen - Seite 2
BildungsStandards - 3
Schulpartnergipfel-Bericht - 4
PH-online Erstanmeldung - Kritik - 5
CooleSchule: Uns reichts's - 7
Schulbildung fördert Gender-Differenz - 7
bmukk zur Zentralmatura - 8
ÖLI zur Zentralmat. - 9
Warum nicht GÖD - 10
3mal zu Salcher 12-13
Leserbriefe - 11-14
Appell an die Gewerkschaftsleitung - 14,15



Österreichische • LehrerInnen • Initiative

Liebe KollegInnen!

Eigentlich sollte hier nicht nur ein Editorial, sondern vor allem die Ankündigung einer Veranstaltung/Podiumsdiskussion mit Andreas Salcher, em.Univ.Prof.Rupert Vierlinger und Ralf Wimmer stehen – leider spießt es sich noch immer bei der Terminfindung mit Salchers Verlag. Wird wohl erst im Herbst was werden. Mit Salchers Buch „Der talentierte Schüler und seine Feinde“ setzen sich 3 Beiträge in diesem Kreidekreis auseinander (Seite 12-13).

Ärgerlich ist es, wenn Freiwilligkeit per Weisung erzwungen werden soll, aber vielleicht typisch österreichisch. QIBB (QualitätsInitiative BerufsBildung), das Qualitätsmanagementsystem des berufsbildenden Schulwesens, hat heuer u.a. die Evaluierung der AVs und DirektorInnen als Thema. An einer Schule wurde das nicht gemacht, stattdessen müssen sich die LehrerInnen von den SchülerInnen evaluieren lassen (Seite 2-3).

Dass die Landes-ARGE-LeiterInnen bisher vielfach gewählt wurden, hatte zwar keine gesetzliche Basis, dass sie aber nun von LSIs ernannt werden ...?? (Seite 8)

Der (VP-dominierte) Schulpartnergipfel am 20.5. hat u.a. Zentralmatura und Bildungsstandards als Thema, diese werden auf den Seiten 3, 4, 8 und 9 behandelt.

Viele KollegInnen haben sich schon ziemlich geärgert, als sie versuchten sich bei PH-online anzumelden, um im nächsten Jahr Seminare besuchen zu können. Seite 5-6 wird auch der datenschutzrechtliche Aspekt betrachtet.

Sowohl beim schon erwähnten Schulpartnergipfel, als auch beim letzten Schülerbeirat im BMUKK, als auch im Verein CooleSchule (siehe Seite 7) zeigt sich ein beträchtlicher Frust über den Umgang der Politik mit SchülerInnen.

Im Kreidekreis 2/2008 hatten wir über die unerfreulichen Ergebnisse der Medizin-studiumseingangstests bei den Frauen berichtet. Nun sagen BildungspsychologInnen, dass die Notengebung in der Schule daran schuld sei (Seite 7).

Der letzte Kreidekreis hat erfreulich viele KollegInnen in die Tasten greifen lassen. Seite 11-14 können Briefe von Leserinnen und Lesern nachgelesen werden.

Nach über 30 Jahren Mitgliedschaft tritt ein Kollege aus der GÖD aus. Warum? Das hat er der GÖD geschrieben (Seite 10).

Das „Steirische Komitee zur Sicherung der Qualität an höheren Schulen“ hat sich kürzlich anlässlich ihres 10. Jahrestages mit einem Flugblatt an die DA- und GBA-Mitglieder der steir.AHS gewandt. Wir haben es hier ab Seite 15 abgedruckt. Und Reinhart Sellner setzt sich Seite 14 ausgehend von einer Formulierung daraus kritisch mit der Frage auseinander, was die Gewerkschaft schulpolitisch tun sollte.

Der nun schon mehr als 4-monatige Streit in der Regierung um die schon vereinbarte Verlängerung der Hacklerregelung bis 2013, ist uns keinen Beitrag wert. Fast schon zum Lachen war aber <http://orf.at/?href=http%3A%2F%2Forf.at%2Fticker%2F290375.html> am 20.5.: Nach den vielen Bartensteinmeldungen gegen die Hacklerregelung, sagte VP-General Missethon: Während die ÖVP die Hacklerregelung verlängern wolle, scheitere dieses Vorhaben bisher an Buchinger.

Wenn dir sonst ein Thema fehlt und du meinst „Darüber sollte der Kreidekreis einmal schreiben“, teile es uns mit. Wer reine Sachinfos sucht, hole sich unser 2008er „Dienstrechtskriptum“ von www.oeli-ug.at.

Mit dem Hinweis, dass sich unsere MandatarInnen immer über Anregungen freuen, wünscht informatives Lesen, einen befriedigenden Schulschluss und schöne Ferien
's ÖLI-Team

Impr: EHv: Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabh. GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG), 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7. Red.: Josef Gary Fuchsbauer. Papieraufgabe: 7000. Kreidekreis ist das Informations-/ Diskussionsorgan der ÖLI-UG. **LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen willkommen!** ÖLI-Beitritt bzw. Abo-Bestellg.: oeli@kreidekreis.net, Tel=Fax 07586 8877, € 30 bis 300 bzw. Abo 7€/Jahr auf PSK (60000) 78420320 „ÖLI-Kassier Fuchsbauer“

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

An:

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7 DVR: 0581518



Peter Steiner,
HTL TGM, Mit-
glied im ZA-BMHS
steiner (a)
kreidekreis.net

QIBB ist kein Wettrennen ...

... auch wenn dem Berufsbildenden Schulwesen der Konkurrenzgedanke nichts Fremdes ist.

QIBB ist kein Wettrennen, sondern ein Instrument zur Entwicklung, Selbsterkenntnis und Reflexion der eigenen Arbeit, um besser zu werden, nicht um schneller alte Managementfehler zu reproduzieren.

Noch ist das Misstrauen gegenüber QIBB nicht wirklich überwunden. Es könnte ja doch als Kontroll- und Auslesemethode unter den KollegInnen eingesetzt werden. Qualitätssicherung könnte doch eine Tarnung für die „gläserne“ Schule und die rundum EDV-überwachten LehrerInnen sein. QIBB könnte dazu genutzt werden, missliebige PädagogInnen loszuwerden.

Autoritäres Gehabe pur

Und genau da gibt es Schulen und SchulleiterInnen, die das Misstrauen noch verstärken, indem sie den LehrerInnen Individualfeedback per Dienstauftrag aufzwingen wollen, die Klassen einteilen, in denen der/die einzelne Lehrer/Lehrerin sich der Evaluation stellen müssen und androhen, die SchülerInnen zu befragen, ob die Untergebenen eh schon brav das Individualfeedback absolviert haben. Zugleich sich und die Abteilungsvorstände aber davon ausnehmen, weil man die „ja nicht zwingen könne“.

Die Proteste der Personalvertretung werden als Verrat an der Schule angesehen, schließlich sei die Schule bei der letzten QIBB-Befragung durch eine zu geringe Teilnahmeanzahl beim Individualfeedback aufgefallen und das müsse sich jetzt ändern, aber auf Druck. Schluss mit Lustig. (Schule der Redaktion bekannt.)

Änderung notwendig

Dass sich was ändern muss, ist klar. Die österreichische Schule muss weg vom Image einer Anstalt autoritären Zuschnitts und hin zu einer Demokratie und Selbstbewusstsein, wie auch Selbsteinschätzung fördernden Institution. Genau dafür kann QIBB Hilfe sein.

Oder wie Sektionschef Theo Siegl, im bmukk zuständig für das berufsbildende Schulwesen, auf qibb.at schreibt: „*Qualitätsmanagement ist in erster Linie Sache der leitenden Funktionen. Besondere Be-*

deutung kommt dabei einer professionellen Personalführung zu, die Menschen fördert, Freiräume zulässt und Vertrauen schafft.“ (http://www.qibb.at/no_cache/de/home/info/news/news_einzeln/article/willkommen-im-qualitaetsportal-qibb.html)

Freiwilligkeit schafft Vertrauen, Vertrauen gibt Motivation

Nicht umsonst baut das Individualfeedback auf Freiwilligkeit auf, gibt die Möglichkeit, statt dem genormten Fragebogen auf qibb.at selbst erstellte Fragebögen zu verwenden und statt der EDV-gestützten Abwicklung eine in der Klasse handschriftlich durchgeführte Befragung über die eigenen Lehrleistungen durchzuführen. Nicht leichtfertig sollte die Chance verspielt werden, dass KollegInnen Individualfeedback anwenden, um ihre Arbeit in der Klasse zu verbessern oder festzustellen, dass sie sowieso alles richtig machen und die SchülerInnen das auch schätzen.

Und wer's offiziell im Originaltext von qibb.at braucht: „*Individualfeedback braucht Vertrauen, Motivation und Unterstützung, Freiwilligkeit und Anonymität, Zeit, Wissen über Abläufe und Methoden. Individualfeedback bedeutet Reflexion, Kommunikation, Evaluation. Individualfeedback bringt Bestätigung der eigenen Stärken und Erfolge, Klarheit über den eigenen Entwicklungsbedarf, Möglichkeiten der Mitgestaltung, ENTWICKLUNG. Individualfeedback bedeutet NICHT KONTROLLE*“ (www.qibb.at/fileadmin/content/downloads/LF_Indi_24.pdf)

Für all jene, die wie ich der EDV und ihren inhärenten Möglichkeiten der Kontrolle misstrauen, füge ich hier ein Beispiel an, wie ein Kollege und ich Individualfeedback in den Klassen durchführen:

Ich habe unter Beiziehung der QIBB-Fragebögen mit einem Kollegen einen eigenen, kürzeren erstellt, ihn für alle SchülerInnen meiner Klasse kopiert und einige Kopien zusätzlich gemacht. Dann habe ich die SchülerInnen Gruppen bilden lassen (z.B. 4). Jede Gruppe hat dann in einer Diskussion eine gemeinsame Bewertung oder Antwort für die jeweilige Frage gefunden. Damit gab es 4 ausgefüllte Fragebögen, die eine nun gebildete Endredaktionsgruppe wiederum in Diskussion auf einen endgültigen Fragebogen als Endergebnis reduzieren sollte. Natürlich keine Namen der Gruppenmitglieder auf die Zettel schreiben.

Qualitätsmanagement ist in erster Linie Sache der leitenden Funktionen. Besondere Bedeutung kommt dabei einer professionellen Personalführung zu, die Menschen fördert, Freiräume zulässt und Vertrauen schafft.

Die didaktischen, pädagogischen sowie datenschützerischen Vorteile dieser Methode:

+ Die SchülerInnen lernen in einer Gruppe zu diskutieren und so über eine demokratische Methode zu einer Entscheidung zu kommen. (Erfüllung von Lehrplaninhalten Deutsch und Kommunikation, allgemeines Unterrichtsprinzip Demokratischen Umgang lernen.)

+ Die SchülerInnen üben dabei auch, bei unterschiedlichen Standpunkten Kompromisse zu schließen etc.

+ Für die Evaluation ergeben sich die Vorteile, dass "Antwortspitzen" (negativ oder positiv) abgeschnitten werden und ein relativ realistisches Bild entsteht.

+ Keine elektronische Erfassung, daher keine Gefahr, dass die Ergebnisse von irgendjemand abgesaugt und gegen die KollegInnen verwendet werden können.

Ich bin während der Diskussionen übrigens vor die Klasse gegangen, damit sich die SchülerInnen nicht beobachtet oder kontrolliert fühlten. Natürlich keine Namen der Gruppenmitglieder auf die Zettel schreiben. Erst als die 4 Gruppen fertig waren, bin ich wieder in die Klasse gegangen und habe die Bildung der Endredaktionsgruppe in die Wege geleitet.

Mit der fertigen Evaluation in der Hand habe ich dann die SchülerInnen gefragt, ob sie wünschen, dass ich das Ergebnis kommentieren soll oder ob sie mit mir darüber sprechen wollen. Wenn sie einverstanden sind, ergibt sich daraus ein recht gutes, hilfreiches und recht unaufgeregtes persönliches Gespräch. Allerdings muss man sich selbst auch zusammenreißen, wenn man eine Bewertung bekommt, die net so leiwand ist.

ÖLI-UG-Vorschlag zur Textierung der **SchUG-Novelle 2008**, Begründungen und Vorschläge (Änderungen in Fettdruck). Siehe auch Seite 9.

Bildungs-Standards?

§ 17 (1a): **Die zuständige Bundesministerin oder der zuständige Bundesminister kann für einzelne Schulstufen der in § 1 genannten Schularten (Formen, Fachrichtungen) Ausbildungsstandards (Standards für Grundkompetenzen) verordnen, wenn dies für die Entwicklung und Evaluation des österreichischen Schulwesens zweckmäßig ist. Ausbildungsstandards beschreiben konkret formulierte Lernergebnisse, die sich gemäß dem Lehrplan der jeweiligen Schulart ... auf ausbildungsrelevante Teilbereiche einzelner Pflichtgegenstände oder auf mehrere in fachlichem Zusammenhang stehende Pflichtgegenstände beziehen. Die individuellen Lernergebnisse zeigen das zum Zeitpunkt der jeweiligen Testung erreichte Ausmaß der nachhaltig erworbenen Grundkompetenzen auf. Lehrerinnen und Lehrer haben bei der Planung und Gestaltung des Unterrichts die Grundkompetenzen und die darauf bezogenen Standards zu berücksichtigen und dabei die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auch in diesen Bereichen zu beobachten, zu fördern und zu sichern.**

§ 36 (3): **Die konkreten Prüfungstermine für die Vor- und Hauptprüfungen sind unter Bedachtnahme auf lehrplanmäßige Erfordernisse durch die Schulbehörde erster Instanz oder im Falle der Durchführung von bundesweit geregelten Pilotprojekten zu den abschließenden Prüfungen oder von Teilen derselben durch die zuständige Bundesministerin oder den zuständigen Bundesminister festzulegen.**

1. Bildungsstandards sind keine Bildungsstandards

Der dem Gesetzgeber vorgeschlagene Begriff „Bildungsstandards“ ist irreführend, weil die standardisierten, in validen Testverfahren messbaren Lernergebnisse, deren „Monitoring“ mit der SCHUG-Novelle eine gesetzliche Grundlage erhalten soll, nur einen Teilbereich von Bildung beschreiben.

In diesen Standards geht es um fachliche Grundkompetenzen in ausbildungs- bzw. für den wirtschaftlichen Nutzen von Arbeitskraft relevanten Bereichen. Persönliche, soziale, demokratie-politische oder kulturelle Fähigkeiten werden nicht erfasst und sind auch nicht Gegenstand des Entwurfes.

Vorschlag: „**Ausbildungsstandards**“ oder „**Standards für Grundkompetenzen**“ statt „Bildungsstandards“

2. Ziele, Kosten-Nutzen-Überlegungen

In den Erläuterungen wird kein Vergleich zwischen den Möglichkeiten und laufenden Kosten eines Schulmonitoring auf Basis der im Pilotprojekt erprobten und entwickelten Ausbildungsstandards mit einem Monitoring gezogen, das auf den Fakten von PISA, PIRLS u.a. international koordinierten Studien aufbaut. Wenn das vorrangige Ziel, wie in den Erläuterungen skizziert, das Verändern von Unterricht im Sinn fach-kompetenzorientierten Lehrens und Lernens ist, so sollte das auch im Vorblatt dargelegt werden. Die Erläuterungen sollten erklären, ob und inwieweit die derzeitigen Aus- und Weiterbildungsangebote für LehrerInnen und die Unterrichtsmaterialien nicht genügend fach-kompetenzorientiert sind und warum der Aufwand für bundesweites Testen im Dreijahresrhythmus als strukturelle Begleitmaßnahme für diese Akzentverschiebung in Richtung Fachkompetenz notwendig ist.

Vorschlag: **Aufnahme dieser Überlegungen in Vorblatt bzw. Erläuterungen**

3. BIFIE als Bildungsforschungsinstitut nützen (auch ohne Aus-)

Faktenbasierte Bildungs- und Budgetpolitik für den Bildungsbereich braucht nicht nur ausbildungs- und arbeitsmarktrelevante Daten, sondern auch Kenntnis über den Stand der gesellschafts-, demokratie- und kulturpolitisch wirksamen allgemeinen Bildung (sozialer Zusammenhalt, Solidarität, Qualität von Demokratie, Kunst und Kultur ...). Das Erheben dieser Fakten mit den adäquaten sozialwissenschaftlichen Methoden und das beschreiben von Veränderungen durch das BIFIE würde die Grundlagen für bildungs- bzw. schulpolitische Entscheidungen qualitativ erweitern.

Vorschlag: **Inhalt und Kosten, Möglichkeiten und Wirkungen dieser Art von Bildungsforschung prüfen**, Formulierungen des gegenständlichen Gesetzesvorschlags in diese nicht auf Fachkompetenznachweis beschränkte Richtung offen halten.

4. SCHUG-Grundlage für 3- bis 4-jährige Pilotphase für Teilzentralmatura (schriftliche) ausreichend. **Vorschlag:** **Eingrenzen der BMUKK-Kompetenz auf die Erprobungsphase** für teilzentrale Abschlussprüfungen an Pilotschulen in ganz Öst.



Josef Gary Fuchsbauer, stv. Vors. ZA-BMHS fuchsbauer (a) kreidekreis.ent

Schulpartnergipfel

im Parlament, 20.5.2008, 9.00-11.15 h. Eingeladen hatten die Bundesobfrau der Schülerunion, Martina Kaufmann (Absolventin der HAK Graz-Grazbachgasse, WiPäd-Studentin), und der Bundesschulsprecher Martin Schneider (www.bsv.at). Gekommen waren neben 2 weiteren SchülerInnenvertretern 5 BundeselternvertreterInnen und 5 LehrervertreterInnen (Riegler und Scholik, AHS, Fuchsbauer und Strohdorfer, BMHS, Ringhofer, LandwirtschaftslehrerInnen), sowie 4 BildungspolitikernInnen von FP, Grünen, SP und als prominenter VP-Bildungssprecher Neugebauer. Die Letzteren waren nur als ZuhörerInnen da, die aber am Ende Statements abgeben konnten. BM Schmied hat sich terminlich entschuldigt. Es ging um Zentralmatura, Bildungsstandards und Ethikunterricht.

Zentralmatura

Ich habe auf die Über-/Unterforderung im Falle einheitlicher Maturaaufgaben durch die sehr verschiedenen Stundenzahlen und Unterrichtsinhalte in den diversen Schultypen hingewiesen. In Österreich haben wir uns doch für eine große Vielfalt auf dem Weg zur Reifeprüfung entschieden - da ist doch eine Einheitsmatura ein Widerspruch. In der Presseaussendung der Schülerunion wurde die Diskussion so zusammengefasst: „Die Schulpartner sind sich einig, dass eine Reform der Matura nur unter bestimmten Voraussetzungen von statten gehen kann. Eine reine Zentralmatura, die keine Rücksicht auf die verschiedenen Schwerpunkte der jeweiligen Ausbildungswege nimmt, vernachlässigt jede Form der Individualität und rückt die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler in den Hintergrund. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Schulen herzustellen und das Niveau der Reifeprüfung zu erhalten und in Folge zu erhöhen, ist es durchaus zu befürworten, Teile der Reifeprüfung österreichweit für den jeweiligen Schultyp festzulegen.“

Die Korrektur von zentral vorgegebenen Maturaaufgaben durch die KlassenlehrerInnen wird ziemlich einheitlich abgelehnt. Von den PolitikerInnen äußerten sich zwei dazu ausführlicher: Neugebauer fragte, wem die Vergleichbarkeit nütze. SchülerInnen und LehrerInnen seien doch an jeder Schule anders. Als Anliegen des Schulpartnergipfels nehme er mit, dass die mündliche Matura wichtiger sein soll. Lurf (Grüne) betonte, dass der Entwurf die

Umsetzung der Zentralmatura an den AHS erst in einigen Jahren vorsehe, damit alle sich entsprechend vorbereiten können. Auch mache die Betonung der vorwissenschaftlichen Arbeit, beginnend schon am Ende der 7., das Individuelle mehr möglich. Deren Ergebnisse sollen bei der Matura präsentiert werden (was aber noch nicht im BMUKK-Schreiben steht).

Bildungsstandards

"Bildungsstandards sind uns wichtig, um einerseits die Leistung der Schülerinnen und Schüler abzufragen und somit ein geeignetes Fördermodell zu entwickeln und andererseits einen kontinuierlichen und nachhaltigen Qualitätssteigerungsprozess zu gewährleisten", so Martina Kaufmann, Bundesobfrau der Schülerunion, in der Presseaussendung. In der Diskussion hatten sich große Meinungsunterschiede über den Zweck von Bildungsstandard-Untersuchungen gezeigt: So forderte die Elternvertreterin Smahel: Es sollte die Überprüfung in der 3. und 7. Schulstufe gemacht werden, damit bis zum Ende der 4. und 8. Schulstufe noch die Defizite aufgeholt werden können.

Andere Eltern und die LehrerInnen meinen, die Standards sollten vom üblichen Prüfen abgekoppelt werden. Sie sollen als Erhebung an 10% der Schulen erfolgen („Bildungsmonitoring“), nicht als persönliche Rückmeldung. Bildungsstandards müssten im Lehrplan verankert sein, sie können nicht von einem Institut als zweite Zielsetzung neben dem Lehrplan stehen. Es geht aber bei den Standards auch um Nachhaltigkeit. Dazu müsste auch die Leistungsbeurteilungsverordnung geändert werden, um nicht nur kleine Häppchen abzufragen, sondern den großen Wissenszuwachs. Bildungsstandards auch in anderen Gegenständen als D, E, M wurde angeregt, um nicht „Fächer zweiter Klasse“ zu schaffen. Einigkeit bestand daran, dass sich Schule vom Kurzzeitgedächtnislernen zur Kompetenzbefähigung entwickeln müsse.

Interessante Politikerinnenaussagen dazu: Mühlwert, FP: Bildungsstandards ja, aber nicht die Schüler standardisieren, die Individualität ist wichtig. Lurf, Grüne: Es ist bei den Standards offensichtlich erst die Zielsetzung zu klären: Geht es um die Schülerentwicklung (dann in der 3. testen), geht es um die Verbesserung des Unterrichts (dann in allen Fächern testen), geht es um die Überprüfung der LehrerInnen, oder

Smahel: „Die letzte Maturareform wurde 8 Jahre vorbereitet und das, was herauskam, war anders, als was in der ersten Presseaussendung stand.“

Änderungen bei Prüfungen (Matura, Standards) müssen zuerst in entsprechenden Lehrplanänderungen vorbereitet werden.

geht es um die Testung der Umsetzung der Lehrpläne?

Ethikunterricht

In der Presseaussendung fasst die Schülerunion zusammen: „Die Schulpartner sprechen sich ebenso dafür aus, im Oberstufenbereich die Wahlmöglichkeit zwischen Ethikunterricht und dem jeweiligen konfessionellen Religionsunterricht zu schaffen. Bereits bei zahlreichen Schulversuchen wurde dieses Modell getestet und positiv rückgemeldet.“ Tatsächlich vertrat aber in der Diskussion zumindest eine Elternvertreterin auch die Meinung, dass es Ethik für alle geben sollte. Auch hier gab es interessante Aussagen der PolitikerInnen:

Mühlwert, FP: Ethik wäre wichtig, damit alle diese Bildung bekommen. In der FP gibt es aber die Diskussion, ob es freiwillig sein soll.

Fleiß, SP, betonte, dass jedes Fach Ethik vermitteln. Er selbst habe in Wien den Schulversuch Ethik als gut erlebt. Der Ethiklehrplan sei sicher noch entwickelbar.

Lurf, Grüne: wir glauben, dass Nicht-Religionsunterrichtsgeher kein ethisches Defizit haben. Auch die Frage, ob ich ein in China produziertes Leiberl um 4,90 bei h&m kaufe, ist eine ethische Frage, die zB im Wirtschaftskundeunterricht behandelt werden kann. Religion behandelt anderes, hier geht es um Moral. Aber es sollte kein Ersatz für Ethik sein. Religion soll in der Schule bleiben, aber ähnlich wie ein Freigegegenstand, zu dem man sich für den Nachmittag anmeldet.

Neugebauer, VP: Ethik ist in den Grundzielen der Schule verankert. Wir haben 139 Standorte mit Schulversuchen, die gut evaluiert sind. Evaluierungen aus Bayern zeigen, dass die SchülerInnen, dort wo es schon länger Ethikunterricht gibt, den AusländerInnen positiver gegenüberstehen.

Schlusswort von Bundesschulsprecher Martin Schneider:

"Die Schulpartner sind sich in vielen Punkten einig. Nun liegt es an Bildungsministerin Schmied, unseren Forderungen endlich Gehör zu schenken."

Übrigens wurden bei diesem Schulpartnergipfel auch zwei Buchempfehlungen ausgesprochen:

Stefan Bonner, Anne Weiss: Generation Doof. Wie blöd sind wir eigentlich?. Und: Rotraut Perner, Mut zur Schule.

PH-online Erstanmeldung - Kritik am Anmeldeverfahren und Datenschutz

Seit Monaten werden KollegInnen mittels mehrseitigem Service-Handout betreffend „PH-Online Voranmeldung Fortbildung“ (in OÖ: Vorwort: Fritz Enzenhofer, Amtsführender Präsident des LSR f. OÖ. und Vorsitzender des Hochschulrates der PH OÖ. sowie Dr. Wolfgang Ratzinger, Rektor der PH OÖ.) informiert und schrittweise in diesen Vorgang eingeführt. Die einzugebenden Daten enthalten u.a. auch die Sozialversicherungsnummer und die Matrikelnummer, die jede/r Universitätsabsolvent/in „selbstverständlich“ zur Hand haben sollte: Dies wird auch von sogenannten „älteren Semestern bis hin zu mittel- und unmittelbaren PensionsanwärterInnen“ erwartet. Dass das Religionsbekenntnis zwar aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht anzugeben, aber dennoch in der Maske angeführt ist, bleibt hier unkommentiert!

Haben sich die KollegInnen dann endlich durch den in kleinen Dosen verabreichten elektronischen Anmeldevorgang als Studierende der Fortbildung registriert – pardon: immatrikuliert und inskribiert – so steht einer Fort- und Weiterbildung wohl nichts mehr im Wege. Klingt doch ganz simpel und rechtens: Wenn da nicht die Datenschutzgesetz -Novelle 2008 gerade im Begutachtungsverfahren wäre!! (Anm.: das Vorgängerinstitut PI wurde von der Datenschutzkommission erfolgreich aufgefordert, generierte Zugangscodes, in denen die SV-Nr. nicht integriert ist, zuzuteilen.) Eine rechtliche Prüfung der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft, ob die PH OÖ. nicht ebenfalls generierte Zugangscodes zu vergeben hat, ergab: „Gem. § 53 Hochschulgesetz hat der Rektor hinsichtlich der zum Studium an der pädagogischen Hochschule zugelassenen Studierenden eine Evidenz zu führen, die neben der Matrikelnummer als bildungseinrichtungsspezifisches Personenkennzeichen die gem. dem Bildungsdokumentationsgesetz zu erfassenden Daten zu enthalten hat. Bedauerlicherweise wurde das Bildungsdokumentationsgesetz mit Bundesgesetzblatt Nr. 24/2008 geändert, sodass nunmehr auch die Erfassung der Sozialversicherungsnummer rechtlich zulässig ist.“

So weit so gut.

[bitte umblättern]



Ingrid Kalchmair,
stv.Vors.d.
FA-AHS OÖ,
kalchmair (a)
kreidekreis.net

Viele KollegInnen sprechen von „Verhöhnung, Pflanz, Zumutung, Schikane, dem Versuch, ein Produkt nur ja nicht an den Kunden zu bringen.“

Nun aber befindet sich bis 21. Mai 2008 und, verlässlichen Informationsquellen zufolge, wohl auch noch darüber hinaus die Datenschutzgesetz-Novelle (DSG) im Konsultationsverfahren. Die ARGE DATEN (Obmann Dr. Hans G. Zeger, Österr. Gesellschaft für Datenschutz 1160 Wien, Redtenbachergr. 20; +43/676/9107032, Fax +43/1/4803209 www.argedaten.at, [info\(a\)argedaten.at](mailto:info(a)argedaten.at), DVR 0530794) hat mit 15. Mai 2008 ihre Stellungnahme dazu unter [ftp://ftp.freenet.at/privacy/gesetze/dsg-stellungnahme.pdf](http://ftp.freenet.at/privacy/gesetze/dsg-stellungnahme.pdf) veröffentlicht.

Im **Teil I Abschnitt 4** der Stellungnahme „**Nicht abgeschafft - Österreich-Unikum "indirekt personenbezogene Daten"**“ heißt es auszugsweise: „...*„Diesen Begriff gibt es nach der EU-Richtlinie Datenschutz gar nicht, ein österreichisches Kuriosum, welches entgegen der europäischen Rahmenbedingungen reihenweise Daten von fundamentalen datenschutzrechtlichen Grundsätzen ausschließt. Statt jedoch dieses Datenschutzproblem endlich in einer Novelle zu beseitigen, bleibt es unverändert bestehen.*

Als indirekt personenbezogene Daten bezeichnet der österreichische Gesetzgeber jene Daten, bei denen der Auftraggeber einer Datenanwendung die Identität einer betroffenen Person mit rechtlich zulässigen Mitteln nicht feststellen kann. Beispiele für indirekt personenbezogene Daten sind etwa die Sozialversicherungsnummer einer Person, ..., die Matrikelnummer eines Studenten ...

Weiters wird aufgezeigt: „...*Die laut Datenschutzgesetz 2000 den Betroffenen einer Datenanwendung zugesicherten Rechte stehen in Bezug auf Anwendungen mit ausschließlich indirekt personenbezogenen Daten nicht zu. Dazu gehören das Recht auf inhaltliche Auskunft über eine Datenanwendung, das Recht auf Richtigstellung und Löschung bei unrichtigem Inhalt oder unzulässiger Datenverarbeitung sowie das Recht auf Widerspruch bei Verletzung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen.*

Im Gegensatz dazu betont die Richtlinie, dass auch jene Daten personenbezogen sind, die einer Person „nur indirekt zugeordnet werden können“. Bei der Frage, ob eine Person aufgrund bestimmter Daten ermittelbar ist, sollen nach den Erwägungsgründen der Richtlinie sämtliche Mittel berücksichtigt werden, die vernünftigerweise durch den Datenverarbeiter oder einen Dritten eingesetzt werden können, um die jeweilige Person zu ermitteln.

Keine Anwendung soll die Richtlinie nur auf Daten finden, die derart anonymisiert sind, dass sich die entsprechende Person überhaupt nicht mehr ermitteln lässt. Eine Unterscheidung danach, ob die Ermittlung einer Person aufgrund vorhandener Daten nur mit rechtswidrigen Mitteln möglich ist oder nicht, enthält die Datenschutzrichtlinie nicht.

Europarechtlich ist es somit nicht vereinbar, diese Gruppe von personenbezogenen Daten pauschal aus den wichtigsten Grundsätzen des Datenschutzes auszunehmen. Die österreichische Rechtslage widerspricht hier einmal mehr grundlegend dem Geist der europäischen Datenschutzrichtlinie.“

Am 16. Mai 08 erhielt ich ein Mail der ARGE DATEN, das ich gerne allen KollegInnen auszugsweise mitteilen möchte, um auch sie zu Stellungnahmen einzuladen:

Sehr geehrte Frau Doktor Kalchmair!
Anfang April wurde im Bundeskanzleramt eine "umfassende" Reform des Datenschutzgesetzes vorgestellt. Ausufernde Videoüberwachung, immer neue Register und Listen, allgegenwärtige Datenaufzeichnungen und neue Entwicklungen, wie Internet, Online-Communities, Video-Handies machen eine Reform der alten Datenschutzregeln, deren Grundkonzept aus dem Jahr 1990 stammt, überfällig. Die ARGE DATEN hat sich den Entwurf zur DSG-Novelle 2008 gründlich angesehen und eine umfangreiche Stellungnahme erstellt. Das Ergebnis ist ernüchternd. Viele Themen wurden ignoriert und bleiben auch nach dem DSG-Entwurf ungelöst.

Wie geht es weiter? Stellungnahmen notwendig

Wir wollen daher alle Interessenten ermutigen selbst eine Stellungnahme abzugeben. Jeder Bürger, aber auch jede Institution hat dazu das Recht. Dies kann relativ informell erfolgen. Es ist dazu nur notwendig an das Bundeskanzleramt (v@bka.gv.at, Ballhauspl. 2, 1014 Wien) und in Kopie an das Parlament (begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at, Parlamentsdirektion, Begutachtungsverfahren, Parlament, 1010 Wien) eine Stellungnahme unter Angabe der Geschäftszahl (BKA-810.026/0002-V/3/2008) abzugeben.

Es kann dazu auch die Stellungnahme der ARGE DATEN ganz oder teilweise herangezogen werden. Auch Stellungnahmen, die "nur" Unterstützungen von abgegebenen Stellungnahmen sind, sind sinnvoll. Es macht durchaus Sinn in einem kurzen Schreiben auf die Stellungnahme der ARGE DATEN zu verweisen und diese zu unterstützen.

Warum sind Stellungnahmen notwendig?

Durch die Stellungnahmen wird dem Gesetzgeber signalisiert, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, es wird daher jedenfalls genauer behandelt, als andere Themen. Für Fragen zur Stellungnahme wenden Sie sich bitte an Frau Charlotte Schönherr (0676/9107032)

Mit herzlichen Grüßen Hans G. Zeger

[Anm.: Am 21.5.08 gab es eine orf-Meldung:

<http://futurezone.orf.at/it/stories/279501/> .

Stellungnahmen sind wohl auch nach dem 21.5. sinnvoll, da das Thema in Diskussion bleibt.

Von: Verein "Coole Schule" [info (a) cooleschule.at]
Am 23. April 2008, veranstaltete der überparteiliche SchülerInnenverein "Coole Schule" eine Pressekonferenz unter dem Titel

"Uns reicht's - SchülerInnen rechnen mit der Politik ab"

Zu Beginn der Pressekonferenz meinte Obmann Igor Mitschka (16 Jahre): "Wir haben uns fünf Jahre für eine bessere Schule eingesetzt und fünf Jahre für unsere MitschülerInnen gekämpft – und was wir in dieser Zeit mit den österreichischen Parteien erfahren haben, zeigt ein ernüchterndes Bild von der Politik". Mitschka weiter: „Wir haben gelernt, dass man als Kind und als Jugendlicher von den österreichischen Parteien nicht ernst genommen wird und eigentlich nichts bewirken kann. Unter solchen Umständen wundert es gar nicht, dass viele Kinder und Jugendlichen von dieser Politik genug haben und politikverdrossen sind“.

Der Verein habe zuletzt im Jänner und Februar 2008 Gespräche mit den BildungssprecherInnen aller Parlamentsparteien geführt und eine schriftliche Stellungnahme zu den Hauptforderungen des Vereins angefordert. Die Erfahrungen mit der Politik in den letzten Jahren und in den schriftlichen Rückmeldungen fallen durchwegs negativ aus: „Von den einen Parteien werden wir ignoriert, die anderen verbreiten Lügen über unseren Verein, andere sagen immer, dass sie uns unterstützen und tun aber nicht viel für die Umsetzung – und letztlich gibt es auch jene, die vor der Wahl Sachen versprochen haben, die sie nach der Wahl nicht mehr unterstützen“, so die zwölf 10- bis 16-jährigen TeilnehmerInnen der Pressekonferenz. Der Verein werde jedenfalls weiterhin aktiv sein und sich dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche in Österreich endlich ernst genommen werden.

Genauere Informationen zur Pressekonferenz sowie die Rückmeldungen der Parlamentsparteien zu den Hauptforderungen des Vereins „Coole Schule“ finden Sie auf der Homepage des Vereins, www.cooleschule.at.

Mit freundlichen Grüßen, Igor Mitschka, Obmann
Katherina Braschel, Obmann-Stellvertreterin
Elisabeth Postl, Obmann-Stellvertreterin

Demokratieverlust bei Landes ARGE-LeiterInnen Bestellung

Kritik der Kollegenschaft über das neue „Bestellungsverfahren“ von Landes-ARGE-LeiterInnen wurde am diesjährigen DA-Obleute-Tag AHS-OÖ unüberhörbar geäußert: Entgegen den Gepflogenheiten, dass die Landes-ARGE-LeiterInnen im Rahmen einer demokratischen Wahl von ihren KollegInnen legitimiert werden, sollen diese künftig von den LSI als ExpertInnen mit entsprechenden Aufgaben betraut werden. Der FA-AHS wird in seiner Sitzung am 3.6.08 im Sinne der Kollegenschaft eine Stellungnahme verfassen.

Anregungen bitte an kalchmair (a) kreidekreis.net

Ein aktueller Nachtrag zu Kreidekreis 1/2008, S.4:

Schulbildung fördert Gender-Differenz

Bei den Aufnahmetests für das Medizinstudium schneiden Frauen in der Regel schlechter ab als Männer. Forscher haben nun die Hintergründe untersucht und kommen zu dem Ergebnis: **Die Unterschiede sind hauptsächlich auf die uneinheitliche Notengebung in der Schule zurückzuführen.**

Geschlechterunterschied trotz gleicher Noten

Für die Zulassung zum Medizin-Studium wird seit 2006 in Wien und Innsbruck der in der Schweiz entwickelte Eignungstest für das Medizin-Studium (EMS) eingesetzt, der innerhalb von ca. sechs Stunden Studien-Fähigkeiten wie medizinisch-naturwissenschaftliches Grundverständnis, räumliches Vorstellungsvermögen, Umgang mit Zahlen etc. abfragt.

In Graz müssen sich die Studienwerber dagegen einem dreistündigen Wissenstest stellen. Bei beiden Tests haben Frauen zuletzt schlechter abgeschnitten als Männer.

Die Bildungspsychologin Christiane Spiel von der Uni Wien macht dafür die "Bildungssozialisation" verantwortlich: Österreichische Frauen haben in den Auswahlverfahren insgesamt schlechtere Ergebnisse erzielt, erhielten aber davor auch in Mathe und naturwissenschaftlichen Fächern bessere Schulnoten als die Männer.

In Wien und Innsbruck erzielten etwa weibliche Kandidaten mit Einser in den naturwissenschaftlichen Fächern um rund fünf Punkte weniger als männliche Kandidaten mit der gleichen Note.

Lob für unterschiedliche Leistungen

Bei jüngeren Kindern gebe es noch keinen Unterschied bezüglich Interesse, Motivation und Leistung im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Ab dem Jugendalter allerdings nehmen die Unterschiede zu Ungunsten der Mädchen zu.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Schule, so Spiel: Mädchen würden etwa für Fleiß und Anpassung mehr gelobt als Burschen, die Knaben dagegen in Mathe und Naturwissenschaften mehr gefordert. Außerdem würden Mädchen häufiger vermittelt, dass Mathematik für sie nicht berufsrelevant sei.

Spiel folgert unter anderem, dass "die Bewertungsgrundlagen für Schulnoten für Mädchen und Knaben offensichtlich nicht ident sind". Sie empfiehlt daher "kriterielle Bewertungsstandards" sowie eventuell eine zusätzliche Bewertung von Bildungszielen wie Sozialkompetenz und Arbeitshaltung. Änderungen müsse es auch bei der Aus- und Fortbildung der Kindergartenpädagoginnen und Lehrer geben, Eltern müssten ebenfalls entsprechend sensibilisiert werden.

Tests neu strukturieren?

Aber auch die Grundphilosophie bei den Tests für das Medizin-Studium müsse man überdenken, meinte Spiel. Tatsächlich werden nun in Graz die Testanteile der Physik- und Chemie-Aufgaben, wo Frauen besonders schlecht abgeschnitten haben, zugunsten der Biologie zurückgefahren.

Ganzer Artikel: <http://science.orf.at/science/news/151570>

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Geschäftszahl: BMUKK-11.012/0067-1/2b/2008

SachbearbeiterIn: Mag. Andreas Schatzl, andreas.schatzl(a)bmukk.gv.at

Abteilung: I/2b, Telefon/Fax: +43(1)/53120-4405/53120-814405

An die Lehrerinnen und Lehrer der der allgemein bild. höh. Schulen

Standardisierte, kompetenz-orientierte Reifeprüfung an AHS

Sehr geehrte Frau Kollegin!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur möchte auf Grund der öffentlichen Diskussion über die Reform der Reifeprüfung die Lehrerinnen und Lehrer über die geplanten Maßnahmen informieren.

Folgende Ziele sollen mit einer Novellierung der Reifeprüfung an AHS erreicht werden:

- ▶ Standardisierung der Reifeprüfung und Orientierung an Kompetenzen, wie sie im Regierungsübereinkommen festgelegt wurden

- ▶ Nachhaltige Absicherung von Kompetenzen und Wissen

- ▶ Qualitätssteigerung und -sicherung

- ▶ Höchstmögliche Objektivität, Transparenz und Vergleichbarkeit von Schüler/innenleistungen – Erhöhung der Aussagekraft von abschließenden Prüfungen

- ▶ Vereinfachung der Bestimmungen

- ▶ Internationaler Trend – Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen wird angestrebt (Stichworte: Europäischer Qualifikationsrahmen – EQR, Nationaler Qualifikationsrahmen – NQR)

Grundsätzliches

Im Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode wird im Kapitel „Bildung“ unter der Überschrift 7 „Qualitätssicherung an Schulen“ angeführt:

- ▶ „Festlegung von Standards für Abschlussprüfungen (Matura) in den wichtigsten Bereichen“

Einige Bereiche (lebende Fremdsprachen, Latein/Griechisch, Deutsch) sind bereits in Ausarbeitung/Erprobung, für andere laufen Vorbereitungsgespräche mit universitären Fachdidaktiker/innen und Praktiker/innen.

Das Vorhaben „standardisierte schriftliche Reifeprüfung“ bedeutet (im Gegensatz zu zentralen Prüfungen wie zB in Frankreich), dass alle schriftlichen Aufgabenbeispiele zentral (standardisiert) gestellt und von der unterrichtenden Lehrkraft nach einem vorgegebenen Korrekturschlüssel verbessert und beurteilt werden.

Diese standardisierten Aufgaben werden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern (Fachdidaktik) und Praktiker/innen erstellt. Nachhaltig abgesicherte Kompetenzen und abgesichertes Wissen werden somit für die „Abnehmer/innen“ (künftige Arbeitgeber/innen und weiterführende [Hoch-]Schulen) dokumentierbar.

Die schriftlichen Prüfungsaufgaben werden grundsätzlich so erstellt, dass sie allen Typen der AHS (Gymnasium, Realgymnasium, wirtschaftskundliches Realgymnasium, Oberstufenrealgymnasium) Rechnung tragen; sofern der Lehrplan in der Normstudententafel Berücksichtigung findet, kann dies im Aufgabensetting berücksichtigt werden. Als Lehrer/in ersparen Sie sich viel Mühe für das Erstellen und Kopieren schriftlicher Aufgabenbeispiele.

Ein Aufgabenmix von zentral erstellten und individuell ergänzten Aufgaben lässt bei der schriftlichen Reifeprüfung keine fairen Vergleiche zu, hat sich auch in anderen Ländern nicht bewährt und wird daher nicht angestrebt. Kompetenzorientierte und standardisierte Aufgabenstellungen hingegen fördern höhere Transparenz und Objektivität in der Beurteilung und beschreiben Schülerleistungen konkreter.

Die mündlichen Prüfungen werden auch weiterhin von den Lehrer/innen am Standort erstellt, um den schulautonomen Schwerpunkten und individuellen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Termine

- ▶ Wie bisher wird es einen Haupttermin und zwei Nebentermine geben. Mit der für jede/n Schüler/in verpflichtenden Vorwissenschaftlichen Arbeit (VWA) darf bereits am Ende der 7. Klasse (= 11. Schulstufe) begonnen werden; damit können sich die Schüler/innen bereits in den Ferien mit ihrem gewählten Thema auseinandersetzen (zB Recherchen im Internet, Literaturstudium, Daten sammeln etc.)

- ▶ Zwischen den Klausurarbeiten und den mündlichen Prüfungen soll ein ca. sechswöchiger Zeitraum bestehen (bisher vier Wochen), um den Schüler/innen, die in einer (oder auch mehreren) Klausur(en) negativ beurteilt wurden, die Chance auf eine Wiederholung der negativen Klausur(en) im Haupttermin zu geben. Eine Kompensation einer negativen Leistung bei der Klausur im Rahmen der mündlichen Prüfung („Zusatz“) wird es nicht mehr geben, da beim schriftlichen und mündlichen Bereich unterschiedliche Kompetenzen überprüft werden.

- ▶ Die Korrektur der Klausurarbeiten durch die Lehrer/innen soll – wie bisher – innerhalb einer Woche erledigt sein. Die korrigierten Arbeiten werden – so wie bisher – an den/die Vorsitzende/n übermittelt, die Konferenz beschließt formal die Notenanträge der Prüfer/innen.

- ▶ Für die künftige AHS-Reifeprüfung wird es einen einheitlichen Termin in ganz Österreich geben.

Wirksamwerden einer allfälligen neuen Reifeprüfungsverordnung für AHS

Nach Inkrafttreten einer neuen Verordnung soll ein gesamter, vierjähriger Oberstufendurchgang abgewartet werden, bevor die erste Reifeprüfung nach dem neuen Modell stattfindet.

Lehrer/innen und Schüler/innen sollen genügend Zeit bekommen, sich auf die neue Reifeprüfung einzustellen. Bis zum Inkrafttreten sind außerdem noch viele Arbeiten zu leisten, zB: Aufbau eines Logistikzentrums, Erstellen der Prüfungsaufgaben, Durchführung von Probetestungen (mit dem Zweck, die Aufgabenstellungen zu kalibrieren und einer Nivellierung vorzubeugen!), gezielte Lehrer/innenfortbildung, Erarbeiten von Handreichungen, Information der Vorsitzenden, Konkretisierung der Lehrpläne (va. für die Klausurgegenstände) etc. Abschließend sei noch erwähnt, dass sich das skizzierte Modell in einigen Bereichen noch im Projektstadium befindet und Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Pilot selbstverständlich zur Modifizierung genutzt werden. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur hofft, Ihnen mit diesen Darstellungen eventuell offene Fragen beantwortet zu haben und dankt Ihnen für Ihr Engagement und Ihren Einsatz.

Wien, 29.4.08. Für die Bundesministerin: SektChef Dr. Anton Dobart

ÖLI-UG-Forderungen für die Verhandlungen zu im SCHUG-Entwurf nicht festgelegten Durchführungsbestimmungen für die

teilzentrale Reifeprüfung

1. Keine Einschränkung individueller Wahlmöglichkeiten der SchülerInnen und kein Abbau von schulformbedingten bzw. schul-autonomen Schwerpunktsetzungen. Die derzeit bestehenden Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen, die auch mit dem Schwerpunkt der von ihm gewählten Schulform und ihres autonom gestalteten Profils entsprechen, sollen erhalten werden: (Facharbeit - FBA als Alternative zu einer schriftlichen oder mündlichen Teilprüfung - Spezialgebiete - Wahlpflichtfächer - vertiefende und fächerübergreifende Matura - 3 Klausuren, 4. Klausur oder zusätzliche mündliche Teilprüfung - Abbilden individueller Stärken in der schriftlichen und mündlichen Matura)

2. Keine Entwertung der mündlichen Reifeprüfung und kein Zerstückeln der Matura in unterschiedlich gewichtete Teilbereiche

Die Trennung der schriftlichen von der mündlichen Matura (kein Überprüfen einer negativen Klausur = punktuelle Prüfung durch eine mündliche Zusatzprüfung im Rahmen der mündlichen Matura) und das Übergewicht der derzeit geplanten 4 (bisher 3 oder 4) schriftlichen, künftig zentral vorgegebenen schriftlichen Teilprüfungen, die auf Ausbildungsstandards ausgerichtet sind, gegenüber 2 (statt bisher 3 oder 4, darunter eine Fremdsprache), bedeuten eine Abwertung mündlicher Leistungen und individueller Stärken. Das Hauptaugenmerk würde einseitig auf das schriftliche Überprüfen von Standards gelegt, während das auf individuelle Interessen und Persönlichkeit der KandidatInnen ausgerichtete Prüfungsgespräch drastisch reduziert wird. Dazu kommt, dass es in den 2 mündlichen Rest-Prüfungen nur mehr eine von 30 „Kernfragen“, aber weder Spezialgebiet noch vertiefende (Wahlpflichtfächer) bzw. fächerübergreifende Fragestellungen mehr geben soll.

Diese Entwertung ist auch eine der „formalen schulischen Bildung“ und Allgemeinbildung der AHS-Oberstufe, die durch eine verpflichtende Fach-Arbeit (sie dürfte in Umfang und Anforderungen den derzeit übli-

chen Ausarbeitungen für eine Spezialfrage bei der mündlichen Matura entsprechen) nicht aufgehoben wird, da diese Facharbeit von der Gesamt-Matura abgekoppelt wird, bei der die mit der Beschränkung auf eine eher allgemeine Kernstoff-Frage die Spezialfragen abgeschafft werden sollen.

1. Säule – Facharbeit:

Mit ihr soll jede Kandidatin, jeder Kandidat die Kompetenz zum Abfassen einer vor-wissenschaftlichen Arbeit erbringen.

Vorschlag: Diese Facharbeit soll in Zusammenhang mit der mündlichen Matura stehen, indem sie das Spezialgebiet einer der mündlichen Teilprüfungen erkundet.

Die **Fachbereichsarbeit auf dem derzeitigen Niveau** soll als Alternative zur Facharbeit wahl-möglich sein und wie bisher eine andere Teilprüfung ersetzen - im Interesse der SchülerInnen und der Qualität ihrer künftigen „Portfolios“.

2. Säule - Zentrale Themensetzung für schriftliche Klausuren:

Während in Fremdsprachen und Mathematik zentrale Fragestellungen in anderen Ländern praktiziert und in Österreich erprobt sind, ist der standardisierbare Inhalt der **Deutsch-Matura** ungewiss. Hier wird derzeit noch nach standardisierbaren Alternativen zu den bisherigen Aufgabenstellungen (erörternde, textbezogene oder interpretierende Texte) gesucht.

Vorschlag: **In Deutsch soll die das Verfassen komplexer Texte zu persönlichen, gesellschaftlichen oder literarischen Fragestellungen weiterhin im Mittelpunkt stehen.**

Eine zentrale Themenstellung erscheint angesichts der Komplexität und der Vielfalt der an den Schulen aktuellen Fragestellungen nicht sinnvoll, ein **zentral entwickelter Fehler- und Beurteilungsschlüssel (noch besser wäre ein Raster für die Stärken der Arbeiten!)** wäre ein sinnvolles Instrument zur besseren Vergleichbarkeit.

Die **vierte Klausur** (eine weitere Sprache, naturwissenschaftlicher Bereich, Darstellende Geometrie oder ein anderes Schwerpunktfach) ist zwar individuell wählbar, soll künftig grundsätzlich vorgeschrieben sein.

Vorschlag: Die **Möglichkeit, statt der 4. Klausur eine zusätzliche mündliche Prüfung bzw. eine Fachbereichsarbeit zu wählen**, soll im Interesse der SchülerInnen und ihrer unterschiedlichen individuellen Stärken erhalten bleiben. Wegen der Vielfalt der Möglichkeiten sollte die

Themenstellung der

4. Klausurprüfung an der Schule bleiben, da diese Fächer – nicht nur an AHS-Oberstufen, sondern mehr noch an den BHS – breit gestreut sind und auch schulautonome Schwerpunktsetzungen abbilden. Im Fall negativer Beurteilung soll eine Verbesserung im Rahmen der mündlichen Matura möglich sein.

3. Säule – mündliche Reifeprüfung Reduktion auf 2 Fächer mit je einer Prüfungsfrage

ignoriert die Qualität einer breit gefächerten schulischen Allgemeinbildung an der Oberstufe, vertieft durch Wahlpflichtfächer, und missachtet die individuell von den SchülerInnen erarbeiteten Vertiefungen und Schwerpunktsetzungen. Das gesprochene Wort, Gespräch und freie Rede werden gegenüber dem schriftlichen Lösen standardisierter Fragestellungen abgewertet. Selbstbewusste, fachlich fundierte Kommunikation zählt weniger als kompetentes, lautlos-vereinzelt-schriftliches Lösungsverhalten in einer Testsituation.

Vorschlag: Die mündliche Reifeprüfung soll ein der schriftlichen Matura gleichberechtigter Teil der Reifeprüfung bleiben, d.h. 3 oder 4 Teilprüfungen mit Kernstofffrage (wie im Vorschlag des BMUKK aus einem Schul-Pool) und Spezialfrage (vertiefend und bewährt). Die Wahl der Teilprüfungen soll sicherstellen, dass die Sprach-Kompetenz in einer lebenden Fremdsprache und fachbezogene Fähigkeiten in zwei weiteren Gegenständen in Prüfungsgesprächen nachgewiesen werden. In einem Fach wird das Spezialgebiet mit der Facharbeit vorbereitet oder die Spezialfrage wird durch eine Fachbereichsarbeit ersetzt. Eine mündliche Prüfung hat als Schwerpunktprüfung eine FBA, ein Wahlpflichtfach oder – fächerübergreifend – Verbindung mit einem zweitem Fach.

Vorschlag: Im Fall negativer schriftlicher Leistungen bietet eine mündliche Teilprüfung bzw. Zusatzprüfungen den SchülerInnen die **Möglichkeit zum Erreichen einer positiven Gesamtnote** im Maturazeugnis.

3. Besoldungsrelevante Fragen

(Betreuung von Facharbeit, FBA, Korrekturarbeiten, Vorbereitung der Mündlichen, u.a.) und das Außerstreitstellen der **Mitwirkungsrechte des ZA bei der zentralen Terminisierung** sind im Zug der Beratungen zur Maturareform mit Gewerkschaft/Zentralausschuss mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung zu verhandeln.

DR. THOMAS STERN, 3021 PRESSBAUM, 1. Mai 2008

Betrifft: Beendigung meiner Mitgliedschaft bei der GÖD

An die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, 1010 Wien, Teinfaltstr.7

Sehr geehrte Kolleg/innen!

Es tut mir leid, Ihnen meinen Austritt aus der Gewerkschaft öffentlicher Dienst mitzuteilen, der ich seit dem Beginn meiner Tätigkeit als AHS-Lehrer 1975 angehöre, also seit über 30 Jahren. Grund für meine Mitgliedschaft war der Wunsch, gemeinsam mit anderen Angestellten und Arbeiter/innen im privaten und öffentlichen Dienst für eine gerechtere Gesellschaft einzutreten und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Zukunftsaussichten für die Mehrheit der nicht selbstständigen Erwerbstätigen in unserem Land. Dazu gehört auch ein öffentliches Schulsystem, das soziale Unterschiede ausgleicht und nicht zementiert. Zu meinem Bedauern entspricht die Politik der GÖD schon seit langem nicht mehr meinen Interessen, weshalb ich nach einigem Zögern die überfälligen Konsequenzen ziehe. Ich möchte mich nicht mehr länger dafür schämen, einer Organisation anzugehören, die in der Öffentlichkeit zu Recht als reformfeindlich und engstirnig wahrgenommen wird. Der für mich einzige Lichtblick innerhalb der GÖD ist die parteiunabhängige ÖLI-Fraktion (Österreichische LehrerInnen-Initiative), die ich weiterhin mit meinem Mitgliedsbeitrag unterstütze. Sobald sie mehrheitsfähig ist, werde ich mir überlegen, ob ich meine Entscheidung revidiere.

Falls jemanden in der GÖD die Gründe für meinen Austritt interessieren, sowie für meine Absicht, einer anderen Teilorganisation des ÖGB beizutreten, so teile ich sie Ihnen gerne in Kürze mit:

– Trotz des steigenden Reformdrucks auf das österreichische Schulsystem (Stichworte: Lehrplan, Bildungsstandards, Dienstrecht, Individualisierung, Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Integration von Kindern mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen) kommen von Seiten der GÖD keine visionären Ideen oder zukunftsfähige Vorschläge. In anderen Ländern sind gerade die Lehrgewerkschaften und –verbände (etwa der schweizerische LCH oder der US-amerikanische NCTM) Vorreiter und Think Tanks für eine Anpassung des Schulsystems an sich ändernde gesellschaftliche Anforderungen. Die Spitzenfunktionäre der GÖD ziehen es allerdings vor, notwendige Verbesserungen in Richtung auf mehr Bildungsgerechtigkeit und Förderung individueller Talente zu verzögern oder zu verhindern.

– In zentralen bildungspolitischen Fragen (Stichworte: Pro und Contra Gesamtschule, gleiches Dienstrecht für alle Lehrer/innen, Aufwertung und Akademisierung aller pädagogischen Berufe, insbesondere an

den Pflichtschulen und Kindergärten) verteidigt die GÖD die bestehenden Verhältnisse, auch wenn sie anachronistisch geworden sind und wenn alle in- und ausländischen Expert/innen sie als ungerecht und ineffizient erkannt haben und dringend Reformen empfehlen.

Warum bekämpft die GÖD nicht die absurde Situation, dass Kindergartenpädagog/innen eine kürzere Ausbildung als Lehrer/innen haben, obwohl bekannt ist, dass der Einfluss auf die weitere kognitive, soziale und emotionale Entwicklung umso größer ist, je jünger die Kinder sind, und sie fundiertes entwicklungspsychologisches und diagnostisches Wissen brauchen, um diese optimal zu fördern? Warum ist die GÖD damit einverstanden, dass es für Lehrer/innen der Sekundarstufe I (Hauptschule und AHS-Unterstufe) verschiedene Ausbildungswege und Gehaltsschemata gibt?

Warum macht sich die GÖD nicht dafür stark, die kurze Dauer der Schulpflicht an jene anderer europäischer Länder anzugleichen? Eine Gewerkschaft wie die GÖD könnte doch auch die treibende Kraft für Verbesserungen sowohl der Arbeitssituation der im Bildungsbereich Tätigen als auch der Zukunftsperspektiven kommender Generationen sein.

– Oberstes Anliegen der GÖD ist nach wie vor, pragmatisierte Dienstverhältnisse und fixe L1-Verträge arrivierter Lehrer/innen und Schulleiter/innen abzusichern, statt sich für eine Verbesserung und Verbreiterung des Jobangebots für junge Lehrer/innen einzusetzen (Stichworte: höherer Anfangsgehalt, Verbot von „Kettenverträgen“, d.h. mehrfach verlängerten Einjahresverträgen, zusätzliche Posten für Sprachlehrer/innen angesichts der wachsenden Zahl von Kindern nichtdeutscher Muttersprache).

– Der GÖD-Vorsitzende Kollege Neugebauer ist als führender ÖVP-Abgeordneter im Nationalrat eher seiner Partei verpflichtet als den Interessen einer überparteilichen Gewerkschaft. Das zeigt sich in seiner Fundamentalopposition gegenüber jedem Reformschritt der jetzigen SPÖ-Unterrichtsministerin Schmied (z.B. in Richtung auf eine Vereinheitlichung und Akademisierung der Ausbildung aller Lehrer/innen und ein einheitliches Dienstrecht) ebenso wie es sich in seiner Gefügigkeit gegenüber fragwürdigen Maßnahmen der früheren ÖVP-Bildungsministerin Gehrler gezeigt hat (z.B. Sparmaßnahmen wie die Erlässe zur Neuverrechnung der Werteneinheiten für Maturaklassen oder die so genannte „Entlastungsverordnung“ zur Kürzung der Anzahl wöchentlicher Unterrichtsstunden). Seine beiden Funktionen (ÖVP-Abgeordneter und Vorsitzender der parteiunabhängigen GÖD) sind meiner Meinung nach unvereinbar.

– Ein aktuelles und krasses Beispiel für die meiner

Meinung nach inakzeptable Haltung der GÖD in schulpolitischen Fragen ist die Nummer 3/2008 der Gewerkschaftszeitung GÖD. In ihr wird (auf Seite 19) die „Forderung“ erhoben, „Wissensvermittlung als Aufgabe von LehrerInnen“ und „Erziehung als Aufgabe der Eltern“ zuzuschreiben. Unklar ist nicht nur, an wen diese Forderung gerichtet ist. Vielleicht an die Schüler/innen, denen nahe gelegt werden soll, ihre Entwicklungsprobleme gefälligst außerhalb der Schule auszuagieren? Meine eigenen Erfahrungen als Lehrer und Erkenntnisse aus der Bildungsforschung deuten in eine andere Richtung. Es ist eine Binsenweisheit geworden, dass die Rolle der Schule in einem dramatischen Wandel begriffen ist und sich eben nicht mehr nur auf Wissensvermittlung einschränken lässt. Um die Kinder auf eine Welt vorzubereiten, in der sie Wissen und Kenntnisse brauchen, die heute noch gar nicht bekannt sind, kommt es vor allem darauf an, sie beim Erwerb von Kompetenzen zu unterstützen, die sie befähigen, selbstständig ihr Wissen zu erneuern und ihre Fähigkeiten zu erweitern, aber auch mit anderen zu kooperieren und zu kommunizieren. Für alle Kinder und Jugendlichen ist die Schule ein Ort der Sozialisation, Akkulturation und Integration geworden, der viel zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen kann, insbesondere durch gezielte Förderung. Die Schule von morgen vermittelt nicht nur Wissen und kulturelle Traditionen, sondern ermöglicht jedem Schüler und jeder Schülerin auch soziales Lernen und die Entwicklung einer eigenständigen und verantwortlichen Persönlichkeit (früher hätte man das „Erziehung“ genannt). Diese immer wichtiger werdende Aufgabe an die Eltern zurückweisen zu wollen, kann nur auf einem tiefen Missverständnis beruhen, oder es handelt sich um den Versuch, Kindern, insbesondere solchen, die von ihren Eltern nicht ausreichend gefördert werden, dringend nötige Unterstützung zu verweigern. Sowohl die eine als auch die andere Haltung ist einer Gewerkschaft unwürdig.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen Dr. Thomas Stern

P.S.: Bitte bestätigen Sie mir den Erhalt dieses Schreibens und die Kenntnisnahme meines Austritts aus der GÖD.

[Wir werden dann gerne auch die Antwort hier veröffentlichen.]

Bitte zum Beitritt zur GÖD nur mehr die neuen Beitrittsformulare von www.goed.at verwenden.

Kein Leserbrief [sondern bloß ein Mail eines Lesers]

-----Ursprüngliche Nachricht-----an: oeli@kreidekreis.net

Betreff: Re: AprilKreidekreis in oeli-ug.at

Liebe Kollegen!

Mit euren bereits ans Lächerliche grenzenden gendernmäßigen Sprachverrenkungen werden eure Mitteilungen allmählich unlesbar und immer unverständlicher. Vielleicht ist es ohnehin besser so. Ich für meinen Teil werde aufhören, eure Texte zu lesen, geschweige denn, sie im Konferenzzimmer zu verbreiten (was ich bis jetzt immer getan habe). Mit kollegialen Grüßen [Ein Direktor, der auf Rückfrage betonte, dass das kein Leserbrief sei]

Leserbrief

Danke für den Kreidekreis! War wie immer sehr interessant. Eine Anmerkung muss aber doch sein: Ganz so schlecht ist die Personalhoheit für die Schulen selbst auch nicht. Wenn man mal vom neoliberalen hirefire Gedanken weggeht. Die Idee, nicht jene Lehrpersonen zugeteilt zu bekommen, die halt am längsten warten, sondern sich die aussuchen zu können, die nach Bewerbung /Hearing/ etc. einfach am besten sind, ins Team passen und Initiative zeigen, wird die Qualität der Schule sicherlich verbessern können. Ich erachte das für fair und legitim. Und die Tatsache, dass die Schulleitung zwar die volle Verantwortung für die Qualität des Unterrichts hat, gleichzeitig aber kein Mitspracherecht bei der Auswahl der Akteure, kann ja wirklich nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Deshalb: Besser die Bestellung der Schulleitungen überdenken, die Idee der Personalhoheit jedoch nicht grundsätzlich verdammen!

Leo Matuella

---Ursprüngliche Nachricht--- an lehrerforum@ccc.at

Betreff: LF: NÖ-Schulmodell in Hamburg umgesetzt!

Schwarz-Grün macht in Hamburg klar Schiff

In Hamburg koalieren CDU und Grüne erstmals in Deutschland auf Landesebene – zum Entsetzen von CSU und FDP

Doch sowohl Grüne Bundespolitiker als auch Kanzlerin Merkel sehen darin kein Modell für den Bund.

Hamburg/Berlin – Im winterlichen Wahlkampf waren sie noch Gegner gewesen. Doch am Donnerstagabend feierten CDU und Grüne im Hamburger Rathaus „vielleicht den Beginn einer wunderbaren Freundschaft“, wie Hamburgs CDU-Chef Michael Frey schwärmte. 65 Seiten stark ist der schwarz-grüne Koalitionsvertrag und er beinhaltet eine bundesweite Neuerung in der Schulpolitik. **Die Volksschule soll nicht mehr vier, sondern sechs Jahre dauern – ein Zugeständnis an die Grünen und ihren Wunsch nach einer Gesamtschule.** (aus: DER STANDARD, 18.4.2008)

[Anmerkung: Das ursprüngliche NÖ-Modell sah 6 Klassen Volksschule vor. Zurzeit versteht man darunter aber anscheinend eine zweigeteilte Hauptschule, bei der die Kinder nach der 2. (6.Schulstufe) ins Gymnasium wechseln dürfen. Dieses NÖ-Modell ist ebenso wie ein Wiener Modell gerade in Ausarbeitung. Beide sollen ab Herbst 2009 starten. Wir werden darüber berichten.]

Brief einer Leserin

Bezüglich Herrn Salcher möchte ich sagen, dass ich die Meinung vieler Lehrer/innen-Vertreter/innen absolut nicht teile.

Ich habe das Buch gelesen und kann nur sagen - endlich spricht jemand über die Schule, so wie sie wirklich ist. Zu 99% konnte ich seinen Inhalten zustimmen. Er mag persönlich nicht so sympathisch wirken (habe auch den Club 2 mit ihm gesehen), aber er hat grundsätzlich Recht. Ich bitte, das Buch wirklich zu lesen und dann kann man darüber ehrlich diskutieren.

Langfristig gesehen glaube ich, bringt allen Lehrer/innen nur eine veränderte Schule etwas: nämlich mehr Zufriedenheit und mehr Ansehen unseres Berufsstandes, auch wenn man dafür vielleicht ein paar heilige Kühe schlachten muss (z.B. nur 20 Stunden Unterricht in der Schule - und alles andere zu Hause: mehr Anwesenheit der Lehrer/innen in der Schule bringt sicher allen Beteiligten etwas). Ich wünsche mir auch von der Standesvertretung, dass man längerfristig denkt und nicht alles, was scheinbar gegen die Lehrer geht, nur reflexartig ablehnt.

Ich möchte den OeLI-Leuten aber auch sagen, dass ich euer Engagement sehr schätze, vielleicht ergibt sich bald einmal ein Gespräch oder Diskussion. Ich freue mich auch auf die Veranstaltung mit Salcher.

Waltraud Neuhauser
P.S. Übrigens haben wir beim Bundeslehrer/innentag Kontakte mit dem Gymnasium Anton-Kriegergasse geknüpft. Danke für das Thema und die Referenten, war leider persönlich verhindert, habe aber die Mitschrift in oeli-ug.at gelesen.

Um Salcher kommt man ja nicht mehr herum ...

von Ulla Häußle und Christian Schwaiger

Wir beschäftigten uns in der Tiroler LehrerInnen Initiative schon mehrmals mit Andreas Salcher, seinem Buch und dem, was darüber geschrieben wird. „Schlechte Lehrer gehören weg“ (zB Tiroler Tageszeitung vom 11. 3.) und ähnliche Titel sind ja nicht gerade aufbauend für LehrerInnen und GewerkschafterInnen. Wir fragten uns, wie wir darauf reagieren sollten: Einiges davon vertreten wir schon lange, anderes – und vieles von dem, was die Zeitungen hervorheben – dreht uns den Magen um.

Sein Buch mit dem diffamierenden Titel hat Salcher schnell hingeschrieben, viel Arbeit hat's ihn nicht gekostet, tiefer gehende Analysen vermissen wir, manches ist peinlich daneben. Am Ende des Buches sind auf 15 Seiten Schulen angeführt „die sich bemühen, es besser zu machen“, und da nennt er ein Innsbrucker Gymnasium. Die LehrerInnen arbeiten dort genauso engagiert und schlagen sich mit ähnlichen Problemen herum wie in den übrigen Schulen in Tirol, aber wie es in diese Liste kommt und warum die anderen 24 nicht, ist ein Rätsel.

Im Gegensatz zur „Pilotenausbildung“ oder der von „Chirurgen“, meint Salcher, finde „Lehrerausbildung zum Großteil im Hörsaal der Universitäten statt, weit weg von der harten Realität des Klassenzimmers (...). Wir schicken sie ins Klassenzimmer und lassen sie dort, mit Ausnahme einiger ermunternder Worte des Direktors, allein.“ (S 67) Von Basis-, Fach- und Unterrichtspraktika hat er noch nichts gehört, wir empfehlen dazu unter anderem das Studium des Studienplans des ILS an der Innsbrucker Uni.

Gute Lehrer (gendermäßig korrekt ist Salcher sowieso nie) „sind bei Schülern und Eltern schnell beliebt“. Aber wie geschieht ihnen? „Sie werden vom Direktor als Störfaktor betrachtet, der Unruhe ins System bringt“ (S 74). Wie viele solcher DirektorInnen gibt es denn noch?

„Eine Lehrerpersönlichkeit wie der fiktive Mr. Keating“ aus dem Film *Der Club der toten Dichter* ist für Salcher der Inbegriff des „guten Lehrers“, er „sollte in unserem Schulsystem die Regel und nicht die positive Ausnahme sein“ (S 95): LehrerInnen als SelbstdarstellerInnen und EntertainerInnen sollen die Akteure in einem zukunftsweisenden Bildungssystem sein? Das ist grotesk und zeugt von der pädagogischen „Kompetenz“ des Autors. Konsequenterweise schwärmt Salcher dann vom „Heldenlehrer“! (S 97)

Zur Gesamtschule hat er eine andere Position als wir, für ihn ist das eine „Nebenfront“ (S 190), die wirklichen Probleme unseres Schulsystems seien „Lehrererauswahl, Gewerkschaftsdominanz und individuelle Begabungsfeindlichkeit“ (s 192). Das ganze Buch durchzieht die Forderung, dass die Begabten viel stärker gefördert werden müssen, die Sorge um die sozial Benachteiligten aus bildungsferneren Schichten vermissen wir.

Der Kurier hat Salcher entdeckt: „Die große KURIER-Schul-Offensive“ mit dem „KURIER-Schüleranwalt“, „Dr. Andreas Salcher hilft.“ (4. Mai zB) Betroffene sollen sich mit Problemen melden und KURIER/Salcher versprechen zuerst eine Bestätigung der Zuschrift, dann einen „Zwischen- oder Erfolgsbericht“ „spätestens vier Wochen nach Einsendung“. Natürlich sollen die eingesandten Schulprobleme und ihre Lösung im KURIER abgedruckt werden. Gespannt warteten wir auf den ersten Fall, am 11. Mai wurden wir von Christoph Kotanko im Kommentar auf Seite 2 noch auf den 13. vertröstet. Und da erfuhren wir dann von einem zentralen Problem des österreichischen Schulwesens: Eltern fühlen sich von einer kleinen Wiener Privatschule, die offenbar in Finanznöten ist, um die vollmundigen pädagogischen Versprechungen und damit um € 17.000 Schulgeld im Jahr geprellt, die nun eine Anwältin einklagen will ...



Holt mich hier raus – ich bin kein Superstar!

Ich gestehe: Ich bin ein schlechter Lehrer. Das Buch von Herrn Salcher habe ich mir deswegen sehr zu Herzen genommen. Vor allem das Kapitel, in dem er schreibt, dass man schlechte Lehrer nicht wegbringt.

Zerknirscht biete ich daher meinen Rückzug aus dem System Schule an. Weil ich ja nur einen Halbtagsjob habe (die paar lächerlichen Englisch- und Deutschschularbeiten, die Diktate, die Tests, die Hausübungen etc. verbessere ich in den Pausen locker auf meinem 60cm x 40cm Arbeitsplatz im Konferenzzimmer; und vorbereiten brauche ich mich sowieso schon lange nicht mehr – schließlich sind meine Schüler/-innen froh, wenn ich ihnen meine Spiritusmatrizen aus den 80ern zum Kopieren überlasse), weil ich also nur einen Halbtagsjob habe, lese ich viel Zeitung und schaue ZIB. Darum weiß ich auch, wie man schlechte Leute wegbringt. Ich möchte so entsorgt werden wie unfähige oder unliebsam gewordene Manager und Politiker: in allen Ehren und mit einem Golden Handshake.

Mein Vorschlag: Der Staat entlässt mich nach vorheriger Feststellung meiner weißen Weste (rechtlich habe ich mir nie etwas zuschulden kommen lassen – Ehrenwort; auch hat meine Frau nie Geschäfte mit dem Landesschulrat gemacht), indem er mir meinen Vertrag ausbezahlt. Ich bin dabei kulant und gehe von meinem Dienstantritt 1982 aus. Damals hat man mir versprochen, dass ich im Jahr 2018 mit 80% meines Letztgehaltes in Pension gehen kann. Für die 10 Jahre bis dahin rechne ich (inflationbereinigt unter Vorwegnahme der Vorrückungen, aber ohne Gehaltserhöhungen) mit einem durchschnittlichen Monatsgehalt von 4.500 Euro, macht 639.000 Euro. Bei Barzahlung sofort bin ich mit 600.000 zufrieden.

Als Ausgleich für die entgehende Pension biete ich zwei Varianten: Auszahlung der kumulierten Pensionsansprüche bis zum 78. Lebensjahr (da ich ja nichts gearbeitet habe, werde ich wohl so alt werden) oder einen Beratervertrag beim Bundesministerium (ich könnte dort so manches über das österreichische Schulwesen erzählen) mit den in z.B. Tirol üblichen 18.500 Euro monatlich (zehn Mal jährlich – im Juli und August kann ich nach jahrelanger Gewohnheit nichts arbeiten). Ich verspreche: Dann bin ich sofort weg!

Dieser Leserbrief erschien Ende April (gekürzt) in <http://diepresse.com/home/meinung/gespraechsstoff/379713/index.do>. Das Echo hat mich wirklich überrascht hat. Ich habe auch Anerkennung(?) von falscher Seite bekommen. Nämlich von denen, die Salcher in seinem Buch als Negativbeispiele anführt. Dass es die gibt, das wissen wir. Was Salcher nicht weiß (bzw. wissen will), ist, dass es solche Leute auch in der gelobten Privatwirtschaft gibt. Meiner Ansicht nach im gleichen prozentuellen Bereich, aber oft auf finanziell viel höherem Niveau.

Ich hielt eine offene Auseinandersetzung mit Salcher und seinem Buch für durchaus angebracht (vieles davon würde ich durchaus unterschreiben), leider agiert er so präpotent und unsachlich, dass dies wohl nur schwer möglich sein wird. Vor allem sein Sager "Schulen sind wie Gefängnisse" ist so letztklassig, dass sich jeder weitere Kommentar erübrigt.

Herzliche Grüße aus dem Waldviertel
Martin Hetzendorfer

Briefe von LeserInnen

danke für die informativen artikel im kreidekreis 2/08 zu den angekündigten reformen von bildungsministerin schmied: die vorfreude über meine bevorstehende pensionierung war bereits vorher schon groß, aber bei dem was den lehrerinnen da ins haus steht....

die verschlechterungen an den schulen spüren alle beteiligten ja schon seit jahren, aber jetzt ist es dem neoliberalismus endgültig gelungen, sich auch im schulwesen durchzusetzen. auch hier nun ein "munteres hire-and-fire"(chvatal), auf daß alle noch braver und folgsamer werden. wohlweislich hat die spö das "demokratisch" schon seit langem aus ihrer selbstbeschreibung gestrichen.....

die herren aus wirtschaf und industrie müßten ja ständig freudentänze aufführen bei diesen willfähigen, ihnen treu ergebenden volks"vertretern". und was die allerorts medial beklagte zunehmende gewalt an den schulen betrifft - gibt es etwas brutaleres und gewalttätigeres als das herrschende wirtschaftssystem, dem der schweizer autor und un-beauftragte jean ziegler "stillen massenmord" vorwirft.

täglich wird das recht des stärkeren, das gesetz des dschungels als etwas normales, selbstverständliches vermittelt und in der wirtschaft als solches vorgelebt und demonstriert. und die eltern und lehrerinnen sollen gegen diesen "mainstream" ankämpfen???

wer hätte was von einer friedlichen gesellschaft mit menschen, die sich respektieren und sich das leben erleichtern statt schwer machen?

teilen und herrschen war immer schon ein nützliches, wirkungsvolles prinzip. nun wird aus dem teilen mehr und mehr die indirekte aufforderung, sich gegenseitig zerfleischen.

aber die frau minister setzt bei den lehrerinnen an - und auch das ist seit jeher beliebt: vorgeschobene sündenböcke hauen, auf daß die wahren drahtzieher weiter im dunkeln bleiben .
b.breindl, e-mail

- - - - -
An 'chvatal(a)kreidekreis.net'

Gratuliere zu dem großartigen artikel die direktorale personalwahl betreffend! Er sollte in mehr medien veröffentlicht werden! ist das möglich?
Eva Schlemmer, per e-Mail

- - - - -
Bisher hatte ich immer gedacht die Kollegen von der Fraktion der Christlichen Gewerkschaft sind ganz vehement gegen jede Veränderung im Schulsystem. Leider stellt sich jetzt heraus, dass auch die Öli auf diese Seite gewechselt ist. Es wird alles im Keim erstickt was eine Veränderung des Umfeldes des Lehrers darstellen könnte. Scheinbar regieren in den Gewerkschaftsgremien ausschließlich lauter Personen die nie oder schon

lange nicht mehr in der freien Wirtschaft gearbeitet haben und daher wenig Sinn für die realen Bedürfnisse unserer Schüler haben. Ich halte auch nicht alles automatisch für gut wenn es vom Ministerium kommt, aber gegen die Machenschaften von der Vorgängerin von unserer jetzigen Ministerin Schmied sind ihre Ideen wohl revolutionär. Wenn die vielgeliebte Frau Gehrer Verschlechterungen für die Lehrer ohne Angebote das System zu verbessern gemacht hat, ist in der Gewerkschaft kaum etwas zu hören gewesen. Sie war ja von der Mehrheitsfraktion und konnte daher nicht wirksam bekämpft werden. Jetzt wo sich endlich das verknöcherte System der Schulen aufzubrechen beginnt, schreien alle Lehrer wie wild dagegen an.

Ist es nicht extrem kurzsichtig wenn auf den Standards der Vergangenheit beharrt wird und weiterhin die weniger guten Lehrer (die bringen die engagierten und guten Lehrer in Misskredit) geschützt werden vor der Möglichkeit zu Veränderungen gezwungen werden zu können?

Sollte Ihre und die Meinung Ihrer Fraktionskollegen weiterhin ausschließlich auf Oppositionskurs sein, verzichte ich gern auf jedwede Zusendung von Informationsmaterial, denn das lässt mich nur an den fehlenden Veränderungswillen denken und ärgert mich.

Mit freundlichen Grüßen
(Name der Redaktion bekannt, HTBLA)

Hallo Leute

Da ist euch wieder ein gute Wurf geglückt, der zeigt, dass Schuldiskussion vielfältiger sein kann, als allgemein in den Medien, abgestimmt auf den Massenkonsum, geboten wird.

Wahrscheinlich ärgert ihr euch auch immer über die unreflektierten Medienberichte, gepaart mit Untergriffen gegen Lehrberuf und Schule.

Habt ihr euch schon überlegt den digitalen Kreidekreis österreichweit in die Redaktionsstuben der Zeitungen und sonstiger Medien zu verschicken, mit einem entsprechenden Hinweis, dass den Herrn und Damen, Hüter der Zeilen und Sendeminuten, ein differenzierterer Blick auf die Materie nicht schaden würde und die ÖLI ihnen eben auf diesem Weg dazu Informationen zukommen lässt, damit die Schuldiskussion nicht den Neidkomplex schürt, sondern auch für die Kinder und Enkel der RedakteurInnen zu sinnvollen Ergebnissen führt?

- Natürlich viel freundlicher formuliert. Aber vielleicht macht ihr das eh schon, ich hab nur so nachgedacht. Wär schade, wenn der Kreidekreis nur an die geht, die es eh schon wissen.

Gernot Pedrazzoli, ein Tiroler, dort wo die Berge hoch und die Sicht eingengt ist

Lorbeeren für die ÖVP/ FCG?

R. Sellner zum Flugblatt des steirischen AHS-Komitees.

"Das entschlossene Auftreten der Interessensvertretung im Herbst 2007 hat zwar die Schulversuche zur NMS redimensioniert [...]. Aber darauf dürfen sich die Funktionäre nicht ausruhen."

Auch wenn diese Einschätzung im Flugblatt unserer Grazer KollegInnen steht und nicht in einem ÖPU-Rundschreiben, dem eine Bestandsaufnahme nach 10 Jahren Gehrer ebenso fremd wäre wie die grundsätzliche Kritik an der immer noch ungebrochenen neoliberalen Hegemonie:

Das Redimensionieren der nMS, d.h. die Ausweitung des Schulversuchs von 5 auf keinesfalls mehr als 10% der Schulen, wie die Rettung des Vetorechtes von einem Drittel standesbewussten AHS-LehrerInnen und Eltern seh' ich vor allem als Erfolg der FCG und der Neugebauer-Schüssel-Linie in der ÖVP, den in der AHS-Gewerkschaft die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre mitgetragen haben.

Die Position, die Erwin Dorn und ich in der AHS-Sektion und, so gut das geht, auch öffentlich vertreten haben, findet ihr sogar in der jüngsten Ausgabe der AHS-Gewerkschaftszeitung (Kommentar der Kollegen Zahradnik/FSG und Riegler/FCG zur einstimmigen Erlaubnis für diese Veröffentlichung: "Das ist gut für uns bei den nächsten PV-Wahlen!"). Abgedruckt auch in Kreidekreis 2/2008, S.6

AHS ist wie die Hauptschule Teil des Schulsystems, in dem noch immer Herkunft die Zukunft der Kinder und Jugendlichen bestimmt und das Menschenrecht auf Bildung aller in allem sozial selektiv gewährt wird.

Daher soll sich die AHS-Gewerkschaft nicht länger aus dem Reformprozess ausschalten, sondern zu seinem Gelingen beitragen, nicht wie Sattler und Waldorf in der Muppetshow auf der Galerie sitzen, schimpfen und untergriffige OTS verschicken, sondern im Interesse der KollegInnen aktiv - und zwar ganz im Sinn auch des Steirischen Komitees, das ja nicht nur die Qualität der AHS, sondern der österreichischen Schule meint. Ich mach' aus der Kritik am Etikettenschwindel und an den mit Gehrer zur Regel gewordenen Einsparungen die positive Forderung nach ausreichenden Ressourcen, nach Wertigkeiten, Dienstposten, Schulraum und Support aller Art für die Schulen und damit auch für die neuen Gesamtschulversuche.

GÖD und LehrerInnengewerkschaften sind im Interesse der LehrerInnen und ihrer SchülerInnen gefordert, den mit jahrzehntelanger Verspätung von dem nicht mehr Gehrer/Helm geführten BMUKK eingeleiteten Reformprozess mitzugestalten, sich einzumischen und für ausreichende Ressourcen zu kämpfen - mit ÖGB und AK. Solidarität. Damit aus der neuen Mittelschule ein sozial-integrativer, individuell fördernder Lern- und Lebensraum werden kann und damit Schule nicht zur marktförmig standardisierten und für Privatisierung zugeordneten Dienstleistungseinrichtung wird, von der Raschauer, Riess-Passer, Grasser und Gehrer, aber auch Klima, Ruttensdorfer geträumt haben und die der Industriellenvereinigung immer noch ein neoliberales Anliegen sein dürfte, allerdings ein von der öffentlichen Hand zu bezahlendes.

Es ist kein Zufall, dass Ministerin Schmied, die einiges an Banken-Erfahrung mitbringt, im Clinch mit der ÖVP politische Unterstützung auch bei der Industriellenvereinigung sucht. Es wird Zeit, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aktiv und engagiert eingreifen, auch und besonders GewerkschafterInnen der LehrerInnen. Wir ÖLI-UG versuchen's, illusionslos-optimistisch und solidarisch - LehrerInnen aller Schultypen, Bundes- und LandeslehrerInnen.

"Mobilisierungen gegen jede weitere Verschlechterung der Schulqualität" sind zu wenig - Informieren und Mobilisieren für eine Schulreform, die diesen Namen verdient - dazu beitragen wollen und können, im Schulalltag, in der Gewerkschaft und auch auf der Straße - darauf wird es ankommen.



STEIRISCHES KOMITEE ZUR SICHERUNG DER QUALITÄT AN HÖHEREN SCHULEN

EIN APPELL AN DIE GEWERKSCHAFTSLEITUNG NICHT GLEICH WIEDER EINZUSCHLAFEN

Als vor 10 Jahren das dritte Sparpaket für die Schulen geschnürt worden war, bildete sich ein partei- und fraktionsübergreifendes Aktionskomitee mit dem Namen „Steirisches Komitee zur Sicherung der Qualität an höheren Schulen“, weil die offizielle Gewerkschaft diese Sparmaßnahmen mitgetragen hatte. Wir wehrten uns damals gegen die Neuordnung des §61 des Gehaltsgesetzes, der uns statt der bis dahin gängigen Jahresbezahlung zur Stundenklauberei (Gegenrechnung bei Stundenentfall) verurteilte und gegen die Abwertung der Unterrichtstätigkeit in Maturaklassen, nachdem in den Sparpaketen 1 und 2 bereits weit reichende Einsparungen vorgenommen worden waren (zum Beispiel Kürzungen der WE mit dem Ergebnis drastischer Einschränkungen beim Angebot von Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen, Streichung von Unterrichtsstunden in der Unterstufe, u.a.m.)

Als in den Jahren zwischen 2001 und 2003 weitere schmerzhaft Verschlechterungen anstanden (Nichteinrechnung von Klassenvorstand und Kustodiaten in Lehrverpflichtung, 2003 Stundenkürzungen in Unter- und Oberstufe, Pensionsreform 2003/04 für alle Öffentlich Bediensteten), organisierte die Gewerkschaft durch Druck von der Basis Widerstand, nicht entschieden genug, wie wir meinen, denn die Sparmaßnahmen wurden durchgesetzt.

Nun stehen die nächsten großen Reformschritte an, wie die Neue Mittelschule, Reorganisation der Lehrerausbildung, Zentralmatura, Personalhoheit der SchulleiterInnen, Abschaffung der Pragmatisierung und der schulfesten Stellen; steigender Einfluss der Wirtschaft; Umwandlung der Landesschulräte in Bildungsdirektionen. Die Änderungen für das Berufsbild von LehrerInnen werden dramatisch sein. Mit kritischen Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen allein wird die Gewerkschaft angekündigte Verschlechterungen nicht verhindern können.

Das entschlossene Auftreten der Interessensvertretung im Herbst 2007 hat zwar die Schulversuche zur NMS redimensioniert und das Mitspracherecht der Schulpartner gerettet. Aber darauf dürfen sich die Funktionäre nicht ausruhen. Mit noch größerer Entschiedenheit sollte die Auseinandersetzung um die anderen „Reform/Verschlechterungspunkte“ geführt werden, denn sie bringen unserem Berufsstand nur weitere Nachteile. Die geplanten Reformen lassen klar einen Trend zur Entmündigung des Einzellehrers erkennen.

Prof. Schilcher, als Leiter der ExpertInnenkommission, hat in dem oft fortschrittlich klingenden Zweiten Kommissionszwischenbericht ein bisher nicht durch-

gesetztes, aber schon oft ventiliertes Vorhaben zum Abbau von LehrerInnenrechten an verschiedenen Stellen des Berichts verankert. Er mag ein brauchbares Feindbild abgeben, aber er ist nicht der Erfinder dieser Maßnahmen, sondern eben nur das jüngste Sprachrohr von Interessen, die über ein Jahrzehnt lang einen neoliberalen Umbau von Schule anstreben. Es soll endlich umgesetzt werden, was in diversen, meist ministeriellen, Arbeitsgruppen, (die EU-Kommission lässt grüßen), immer wieder Thema war. Wir sehen darin einen frontalen Angriff auf den Lehrerstand und unser Arbeitsfeld:

- 1998 gab es das Papier der Firma **Teamconsult**, in dem unter anderem bereits mehr Entscheidungsgewalt der Direktorinnen bei der Auswahl von MitarbeiterInnen gefordert wurde.

- 2001 war es das **Raschauerpapier** (das von Riess-Passer zur „funktionellen Privatisierung im Öffentlichen Dienst“ in Auftrag gegeben worden war; eigentlich ein 140-seitiges Papier der ÖVP/FPÖ Wirtschaftstreibenden), das einen umfassenden Umbau der Rolle von Lehrern und Schulleitern vorsah:

„die Kommission sieht die öffentliche Schule als einen Leistungsbringer, der ähnlich organisiert sein soll wie eine Privatschule. Der Schulbesucher schließt mit der Schule einen privatrechtlichen Dienstvertrag ab. Der Vorstand der Schule hat Finanzhoheit und Personalhoheit. Die Erhöhung der Schulautonomie ist eine wesentliche Voraussetzung für die unabdingbare staatliche Schulverwaltung. Die Schulen sollen nach privaten Managementkriterien geführt werden. Die Schulen sollen zu selbständiger Geschäftsführung befugte und befähigte Dienstleistungseinrichtungen ausgebaut werden. Sie sollen über autonome Einnahmequellen verfügen und als Dienstgeber fungieren. Die Landes- und Bezirksschulräte sind ersatzlos aufzulösen (Seite 48). Die bestehende staatliche Schulaufsichtsverwaltung ist durch ein (nicht notwendig staatliches) Qualitätssystem und durch eine (nicht notwendig staatliche) Wirtschaftsprüfung zu ersetzen. (Seite 49)

- 2003 die Zukunftskommission von Frau Minister Gehrler, die gleich lautende Forderungen bezüglich der Position der Lehrerschaft aufstellte.

- **2008** die EXPERTINNENKOMMISSION von Frau BM Schmied. Die **Schilcherkommission** fordert im zweiten Zwischenbericht:

* die Personalhoheit für die DirektorInnen, d.h. Anstellung und Entlassung durch die Schulleitung, (good-bye zu Objektivität; Bedeutung des Studiums, Warteliste; welcome lokales Brauchtum, Anpassung)
* die Abschaffung der Pragmatisierungen und schulfesten Stellen (Seite 72)

* ein neues Dienstrecht: Anwesenheit bis zu 40 Stunden in der Schule; Anwesenheit während der Sommerferien, (Seite 72 und 74). Offenbar nehmen alle diese Experten die Arbeitszeitstudie aus dem Jahre 2000 nicht zur Kenntnis, die nachweist, dass LehrerInnen während des Unterrichtsjahres (10 Monate) im Wesentlichen die Jahresarbeitszeit eines Öffentlich Bediensteten erledigen, die Ferien also als Zeitausgleich zu betrachten sind.

* eine reduzierte FachlehrerInnenausbildung für die Sekundarstufe 1, ein 6-semesteriges Bachelorstudium an der PH bedeutet ein neues Besoldungsrecht, bei dem mit Verlusten gegenüber der AHS-Lehrerstaffel zu rechnen ist – abgesehen von der Fragwürdigkeit einer pädagogischen Ausbildung, ohne dass die StudentInnen eine ausreichende Fach-Kompetenz für ihre Unterrichtsfächer erreicht haben.

* Ganztagschulen, ohne zu sagen, wie sie finanziert werden sollen (etwa privat durch die Eltern?), jedenfalls mit dem billigen Mittelstufenlehrer, der auf der Basis des LDG (Landeslehrerdienstrechtgesetzes) flexibel und kostengünstig für vermehrte Aufsichtstätigkeit eingesetzt werden kann.

Auch andere Forderungen der Raschauerstudie werden aufgegriffen, wenn es

* um Finanzhoheit geht, das unklarste überhaupt: Woher sollen zusätzliche Mittel kommen? Von privaten Sponsoren?

* darum geht, Schulen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen (Seite 52; „Der Einsatz der Res-

ourcen, Verwaltung und Steuerung hat in bestmöglicher Effektivität und Effizienz zu erfolgen“)

* um die Zusammenarbeit bzw. Öffnung der Schulen gegenüber der Wirtschaft geht (Seite 67: „Kooperationen mit der Wirtschaft sind anzustreben“, Seite 61; „Auch die Schule muss die aktuellen Problemstellungen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Berufsleben zum Ausgangspunkt ihrer Zielsetzungen machen“)

Es gibt im Kommissionsbericht auch positive, wohl klingende Vorhaben, die engagierten LehrerInnen aus der Seele sprechen mögen (wie etwa eine verstärkte Förderung der musisch-kreativen Anlagen von Kindern) **aber unser Anliegen ist es, die bedenklichen Aspekte dieses Zwischenberichtes anzusprechen, zurückzuweisen und über gemeinsame Mobilisierungen jede weitere Verschlechterung der Schulqualität zu verhindern.**

Mailt an die Bundesleitung der Gewerkschaft: [office.bs11\(a\)goed.at](mailto:office.bs11(a)goed.at), sowie an den Zentralausschuss: [za.ahs\(a\)bmukk.gv.at](mailto:za.ahs(a)bmukk.gv.at). **Fordert die Organisation von bundesweiten Dienststellenversammlungen** zur Information und Diskussion über Matura-reform, den Zwischenbericht der ExpertInnenkommission, etc. Dabei könnten weitere Protestschritte beschlossen werden, um die Umsetzung aller rück-schrittlichen Maßnahmen zu verhindern.

Für das Komitee: Richard Huber, Harald Miesbacher, Johann Schögler

Wir entschuldigen uns für den Fehler: **Nachkauf von Schul- und Studienzeiten etwas teurer als in Kreidekreis 2/2008 angegeben:** 2008 kostet ein Schulmonat 298,68 Euro, ein Studienmonat das doppelte. Aber vor dem 1.1.55 Geborene ("Nichtharmonisierte") zahlen noch mehr. Die detaillierten Infos finden sich auf <http://www.help.gv.at/Content.Node/27/Seite.270214.html>

ÖLI-Berufsrechtsschutz

Für ÖLI-Mitglieder, die den unverminderten Mitgliedsbeitrag (25 €/Monat) per Dauerauftrag auf PSK (BLZ 60000) Konto Nr. 78420320 leisten, wird auf Antrag eine Berufsrechtsschutzversicherung inkludiert. Infos bitte anfordern: oeli@kreidekreis.net

ÖLI-Beitrag unter "Beiträge zu Berufsvereinigungen" beim Jahresausgleich geltend machen und 43,6% Lohnsteuer zurückbekommen. Der Jahresbeitrag von € 300 **reduziert** sich dadurch auf netto € 169,2 (bei Monatsbrutto ab ≈ 2500 €).

Übrigens: Der ÖLI-Mindestbeitrag beträgt gemäß Generalversammlung vom 3. 10. 06 30 Euro/Jahr. Kreidekreis-Abo 7 €/Jahr.

P.S.K.		ERLAGSCHEIN - EURO	
		EUR	Betrag
Kontonummer EmpfängerIn		BLZ Empfängerbank	Empfängerbank
7 8 4 2 0 3 2 0		6 0 0 0 0	P S K
Empfänger			
Ö L I - K a s s i e r F u c h s b a u e r			
Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag		Verwendungszweck	
		<input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr) <input type="radio"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr) <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag (25,-/Monat) (beinhaltet Kreidekreis-Abo) <input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz Telebanking: Name+Adr. angeben <input type="radio"/> Bitte sendet mir eine Bestätigung für's Finanzamt	
Kontonummer AuftraggeberIn		BLZ-Auftrag./Bankverm.	
AuftraggeberIn/EinzahlerIn - Name und Anschrift			